



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 141.190/0-I/11/91

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Parlamentsgebäude Wien

1010 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 58	-GF/19
Datum: 3 1. JAN. 1992	
Verteilt 11. Juni 1992	

Dringend
31. JAN. 1992

H. Jazich

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundespflegegeldgesetzes;
Vorbegutachtung

Im Sinne der Entschließung des Nationalrates betr. die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe, beehrt sich das Büro der Kanzlerministerin für Frauenangelegenheiten die Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten und mit Note vom 30. Oktober 1991, Zl.44.170/62-9/91 zur Begutachtung versendeten Entwurf eines Bundespflegegeldgesetzes in 25facher Ausfertrigung zu übermitteln.

Beilagen

25 Kopien

17. Jänner 1992
Für die Bundesministerin
für Frauenangelegenheiten:
ACHTSNIT

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 141.190/0-I/11/91

Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundespflegegeldgesetzes;
Vorbegutachtung

Die Kanzleramtsministerin für Frauenangelegenheiten nimmt zum
o.a. Entwurf wie folgt Stellung:

Allgemeines:

Der Entwurf wird grundsätzlich begrüßt, zumal in Hinkunft
wesentlich mehr finanzielle Mittel für die Betreuung von Pflege-
fällen zur Verfügung stehen sollen, ebenso ist eine Vereinheit-
lichung der verschiedenen Geldleistungen für Pflegefälle, wobei
deren Höhe in Hinkunft nurmehr vom Ausmaß der Pflegebedürftig-
keit und nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe
von Sozialleistungsbeziehern abhängig ist, positiv zu sehen.
Weitere zu befürwortende Maßnahmen sind die

- lückenlose Erfassung aller Menschen durch die Pflegesicherung;
- teilweise Ressourceneinsparung bei gleichzeitiger
Vereinheitlichung der finanziellen Leistungen;
- bundesweit vorgesehenen einheitlichen Mindeststandards für das
Angebot an Sachleistungen;

- 2 -

- Garantie, daß alle pflegebedürftigen Menschen die nötige Betreuung und Hilfe tatsächlich erhalten;
- Absichtserklärung, die Situation der Pflegepersonen deutlich zu verbessern (höhere Attraktivität der Pflegeberufe, Hilfe für die Pflegepersonen, Hilfe für berufliche Wiedereingliederung);
- Schaffung von Strukturen, die Reformen im Bereich der Pflegesicherung garantieren sollen (Arbeitsgruppe, Forschung);
- grundsätzlich vorgesehene sozialversicherungsrechtliche Absicherung der Pflegepersonen;
- Eröffnung der Möglichkeit, daß das Pflegegeld (zum Teil oder zur Gänze) direkt an die Pflegeperson ausbezahlt wird;

Trotz dieser geplanten Verbesserungen erscheint das Gesamtkonzept noch in vieler Hinsicht unbefriedigend. Der Reformentwurf kalkuliert nach wie vor mit der aufopfernden Bereitschaft der Frauen, pflegebedürftige Familienangehörige auf Kosten ihrer eigenen beruflichen Verwirklichung und für minimale Bezahlung zu betreuen.

Betrachtet man die Stundensätze, die sich aufgrund des vorgesehenen Pflegegeldes in den einzelnen Pflegestufen ergeben (etwa S 50,-- und weniger), ersieht man, daß für Pflegeleistungen keine Entlohnung, wie sie etwa für professionelle Dienste erforderlich wäre, vorgesehen ist. Stattdessen wird von einem kombinierten System von nicht versicherter Arbeit, Gratisleistungen und ergänzenden öffentlichen Leistungen ausgegangen, wobei tragende Säule Frauen sein werden.

Dies geht auch daraus hervor, daß beim bisher kalkulierten Mehraufwand nur der Aufwand für das Pflegegeld berücksichtigt wurde. Aus ho. Sicht schiene es sinnvoller die Höhe des Pflegegeldes erst nach Berechnung der Gesamtkosten für die zu schaffenden Strukturen (siehe unten) festzusetzen.

Zu erwarten ist auch, daß im administrativen Bereich wegen der Schwankungen im Ausmaß der Pflegebedürftigkeit (Vielzahl von

medizinischen Untersuchungen und rechtlichen Verfahren) die sich unvermeidlich aus dem 7-Stufen-Schema ergeben, ein erhöhter Mehraufwand auftritt.

Wichtige Bereiche, die finanzielle Mittel erfordern und denen der Vorrang vor der Anhebung von Geldleistungen gegeben werden muß, sind:

- Ausbau eines flächendeckenden Netzes von sozialen Diensten, die die Betreuung pflegebedürftiger Menschen zur Gänze selbst übernehmen oder zumindest Pflegepersonen im familiären Bereich entlasten, ebenso wie die
- soziale Absicherung der Pflegepersonen, im Rahmen der Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung,
- Ausbildung und Kurse für Pflegepersonen (Professionalisierung der Dienste)
- Hilfen für den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben durch die Arbeitsmarktverwaltung sowie
- Haftpflichtversicherung für Pflegepersonen, die durch Schadensersatzansprüche von Pfleglingen abgedeckt werden

Da alle Menschen vom Risiko der Pflegebedürftigkeit betroffen sind und die bestehende Sozialversicherung im wesentlichen nur Erwerbstätige erfaßt, sollte eine allgemeine Pflegeversicherung geschaffen werden. Menschen ohne Einkommen sollten einen Mindestbeitrag bezahlen.

Ein solcher Schritt könnte auch eine beispielgebende Wirkung auf die weitere Entwicklung der gesamten Sozialversicherung haben, zumal mit einer alle Einwohner umfassenden Versicherung Versorgungslücken geschlossen würden.

Insgesamt wird am vorliegenden Entwurf kritisiert, daß er sich zu wenig an der Problemlage älterer pflegebedürftiger Menschen orientiert - die aber letztlich die Masse der Pflegefälle ausmachen. Für diese Menschen sind gut ausgebaute soziale Dienste wichtiger als die Gewährung eines Pflegegeldes.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

zu § 1:

Es wird angeregt zu überprüfen, inwieweit § 1 mit Punkt I/3 der legislatischen Richtlinien 1990 in Einklang gebracht werden kann.

zu § 13:

Im Entwurf ist zwar die Möglichkeit vorgesehen; daß das Pflegegeld auch direkt an Pflegepersonen überwiesen wird; es ist aber in keiner Weise gesichert, daß das Pflegegeld jenen Personen zukommt, die die Pflegeleistung erbringen. Es müßten daher Regelungen geschaffen werden, die garantieren, daß zumindest ein Teil des Pflegegeldes direkt an die pflegenden Angehörigen oder Nachbarn überwiesen wird. Diese Überweisungen könnten dann auch mit sozialversicherungsrechtlichen Vergünstigungen verbunden werden.

Erst auf Basis einer entsprechenden Regelung sind auch Kontrollen nach § 19 des Entwurfes zu rechtfertigen.

zu § 25:

Hier ist eine Verpflichtung für anspruchsberechtigte Leistungsbezieher vorgesehen, sich einem Rehabilitationsverfahren zu unterziehen, Als Sanktion droht die teilweise oder gänzliche Versagung des Pflegegeldes. Ein derartiger Zwang ist unverständlich und sollte daher unbedingt aus dem Entwurf herausgenommen werden.

17. Jänner 1992
Für die Bundesministerin
für Frauenangelegenheiten:
ACHTSNIT

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung: